

„Wirtschaft muss den Menschen dienen“

Solidaritätskomitee Rhein-Neckar formuliert Forderungen an die Politik – Kritik an Arbeitsplatz-Abbau in regional ansässigen Firmen

VON REBEKKA SAMBALE

In 500-facher Auflage gedruckt, durch E-Mail-Verteiler gejagt, unter www.solidaritaet-rhein-neckar.de online abzurufen: Das Überbetriebliche Solidaritätskomitee Rhein-Neckar möchte mit einer Dokumentation auf Arbeitsplatzvernichtung aufmerksam machen – die bei uns direkt vor der Haustür stattfindet.

Wolfgang Alles ist Sprecher des Solidaritätskomitees. Wer hört, was er über Abläufe in Unternehmen erzählt, schaut zunächst ungläubig. Er berichtet von Mobbing und psychischen Spielen mit dem Betriebsrat, von Versuchen, die Arbeitnehmervertreter unzulässig auf die Seite der Geschäftsführung zu ziehen; er spricht von „verbrennerischen Methoden“. Weil das auch bei Unternehmen in der Region geschehe, ist er gemeinsam mit Gewerkschaftsvertretern, Betriebsräten und weiteren Engagierten im Komitee aktiv.

Alle 14 Tage treffen sich bis zu 60 Menschen und diskutieren die aktuelle Lage der Unternehmen. Sie besprechen, wie Arbeitsplatzvernichtung bekämpft werden kann, wollen Solidarität organisieren. Damit sich auch auf oberster Ebene etwas bewegt und bestenfalls sogar Gesetze reformiert werden könnten, haben sich Alles und seine Mitstreiter an Politiker gewandt. Im Juni gab es ein Treffen in Mannheim. Nun gibt es eine Dokumentation dazu, die auch Außenstehenden die „generelle Entwicklung deutlich machen soll, die in ihrer Brutalität zugenommen hat“.

Wolfgang Alles meint damit den Job-Abbau beim Pumpen-Hersteller Halberg in Ludwigshafen und dem Möbel-Unternehmen XXXL in Mannheim (Zur Sache). Er meint auch die 1066 Beschäftigten, die General Electric (GE) am Standort Mannheim – ehemals Alstom – entlassen möchte. In einigen Unternehmen ist der Abbau von Arbeitsplätzen bereits beschlossene Sache. In anderen befürchtet die Belegschaft Schlimmstes. So hat der Betriebsrat von Siemens Turbomachinery Equipment in Frankenthal Angst, dass der begonnene Arbeitsplatz-Abbau letztlich das Ende des Standorts Frankenthal bedeuten könnte. So steht es in der Dokumentation des Solidaritätskomitees.



November 2015: Eine Solidaritäts-Demo für Halberg-Mitarbeiter. ARCHIVFOTO: KUNZ

Das Problem: Den Unternehmen gehe es nur um „maximalen Profit“, sagt Alles im Gespräch mit der RHEINPFALZ. Es herrsche eine „Diktatur der Zahlen“; ein Zitat, das vom ehemaligen GE-Geschäftsführer Jack Welch stammt. Doch läuft man als Betriebsrat, als Aktiver gegen Arbeitgeber-Ungeerechtigkeit nicht immer wieder gegen Mauern? Wenn etwa Gesetze Schlupflöcher bieten oder aber Konzernstrukturen wie bei XXXL undurchschaubar werden? „Gegen so einen Konzern wie XXXL kann man nur punktuell etwas erreichen“, sagt Alles. Meist nutzen die Unternehmen Methoden, die „weder mit dem Grundgesetz noch mit dem Betriebsverfassungsgesetz“ konform seien. Dabei treffe „Arbeitsplatzvernichtung“ nicht nur große Firmen. Es gebe auch „viele kleinere Betriebe, die in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen werden“ in ähnlicher Situation.

„Die große Politik schläft bei diesen Themen“, sagt Alles. Deshalb hat das Solidaritätskomitee nun Erwartungen

an die Politiker formuliert. Bei einem zweiten Treffen im November soll überprüft werden, was diese Ideen tatsächlich in Gang gesetzt haben. Zu den kurzfristigen Erwartungen des Komitees zählt eine „wirksame Positionierung“, etwa gegen Betriebsrats-Mobbing. Dazu fordert das Komitee auch „entsprechende Wortmeldungen“ der Politiker in Parlamenten, Gremien und Medien. Mittelfristig hoffen die Arbeitnehmer-Unterstützer auf eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, die Betriebsratsrechte stärken könnte; ebenso die „politische Bekämpfung obskurer Unternehmensstrukturen“ und Weiteres. Als langfristige Erwartung heißt es in der Dokumentation: „Die Wirtschaft muss den Menschen und der Gesellschaft dienen.“ Das ist es auch, was Wolfgang Alles immer wieder sagt. Er war selbst von 1994 bis 2014 im Alstom-Betriebsrat aktiv. Kennt die Situation also von innen und sagt, trotz Ruhestand: „Ich lasse meine Kollegen nicht im Stich.“ **NILS FRAGT/WIRTSCHAFT**



Februar 2016: XXXL-Mitarbeiter protestieren gegen Freistellung. ARCHIVFOTO: DPA

Zur Sache: Die Fälle Halberg und XXXL

Anfang 2015 hatte das amerikanische Unternehmen Flowserve den Pumpen-Hersteller Halberg gekauft und Ende desselben Jahres verkündet, den Standort Ludwigshafen Ende 2016 zu schließen. Damit verlieren 255 Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz. Was bisher in Ludwigshafen produziert wurde, soll zukünftig an Standorten in Spanien, Holland, Frankreich, Thailand und den USA hergestellt werden. Nachdem zunächst noch ein Rettungskonzept erarbeitet wurde, scheiterten die Gespräche mit der Geschäftsführung letztlich. Das Aus für Halberg in Ludwigshafen war damit besiegelt.

Ähnlich plötzlich wie die Entscheidung von Flowserve kam die Nachricht, dass XXXL Mann Mobilia im Februar dieses Jahres 99 Mitarbeiter ohne Vorwarnung und Rücksprache mit dem Betriebsrat freistellte. Das arbeitsrechtliche Problem in diesem Fall:

XXXL Mann Mobilia gehört zum Konzern XXX Lutz, der seine Mitarbeiter in Hunderten kleiner und vermögloser Servicegesellschaften beschäftigt. Dadurch entsteht für Außenstehende eine undurchschaubare Struktur, die rechtlich kaum angegangen werden kann.

Der Betriebsrat des Mannheimer Standortes war zunächst vor das Amtsgericht Mannheim gezogen, um eine einstweilige Verfügung zu erwirken. Dies scheiterte. Anschließend ging der Fall vors Landesarbeitsgericht. Dort hatten sich beide Seiten – also Unternehmen und Arbeitnehmervertreter – auf interne Verhandlungen geeinigt. Am Ende kam es zu einem Sozialplan und Abfindungen. Die Arbeitsplätze der Mitarbeiter konnten nicht erhalten werden. Kurios ist das vor allem vor dem Hintergrund, dass der Lutz-Konzern weiterhin regelmäßig neue Möbeldhäuser eröffnet. |rfs

NILS FRAGT

Was macht ein Betriebsrat?



In einer Firma arbeiten viele Menschen. Die werden in der Fachsprache auch Arbeitnehmer genannt, weil sie Arbeit nehmen. Während die Firma

der Arbeitgeber ist: Sie vergibt Arbeit. Der Betriebsrat vertritt die Interessen der Arbeitnehmer. Er versucht also dafür zu sorgen, dass die oberen Chefs in der Firma nichts entscheiden, was den Mitarbeitern schadet. Ein Beispiel: Er achtet darauf, dass der Arbeitsschutz eingehalten wird. Damit jeder sicher an seinem Arbeitsplatz arbeiten kann. Auch wenn Mitarbeiter versetzt werden, also in eine andere Abteilung kommen und eine andere Aufgabe übernehmen, muss der Betriebsrat zustimmen. Auch mit Kündigungen muss der Betriebsrat einverstanden sein. Eine Kündigung ist, wenn ein Mitarbeiter nicht mehr länger im Unternehmen arbeitet.

Der Betriebsrat besteht in größeren Firmen aus mehreren Personen, die selbst Mitarbeiter sind. Oder sie waren es früher mal. Manchmal werden Mitglieder des Betriebsrats auch von ihrer eigentlichen Arbeit freigestellt, also müssen diese nicht mehr machen. Dann können sie sich die ganze Zeit mit ihren Betriebsrats-Aufgaben beschäftigen. |rfs